

KRIEG & GESCHÄFT

In Kooperation mit der NATO-Sicherheitskonferenz veranstaltet der Bundesverband der deutschen Industrie und der Bundesverband der deutschen Banken am Freitag, 11. Februar 2005 in München eine „Finanzierungskonferenz zur Region Nordafrika Mittelost“. Die Tagung findet im Hotel Dorint Sofitel am Hauptbahnhof statt. Mitveranstalter ist die Weltbank-Gruppe und die Europäische Investitionsbank. Erwartet werden „bis zu 250 Vertreter von Unternehmen, Banken und Politik“.

Das offizielle Motto der Finanzierungskonferenz „Mehr Sicherheit durch Investitionen“ deckt sich mit einem der Schwerpunkte der NATO-Sicherheitskonferenz 2005: „Die wechselseitige Beziehung von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit“. Das Zusammenspiel von Kriegspolitik und wirtschaftlichen Interessen könnte nicht deutlicher sein. Ganz offensichtlich geht es darum, die ökonomische Expansion der deutschen Wirtschaft mit den militärpolitischen Planungen der NATO abzustimmen. Als geeignete Abnehmer für militärische Produkte, die

dann gegen afrikanische MigrantInnen eingesetzt werden können, gelten die Maghrebstaaten und Libyen.

Wie die Absicherung Europas u.a. auch aussehen könnte, hat Bundesinnenminister Schily mit seinem Vorschlag der „Auffanglager in Nordafrika“ bereits deutlich gemacht. Auch das spektakuläre gerichtliche Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Cap Anamour, die Schiffbrüchige im Mittelmeer aufgenommen hatte – eine konzertierte Aktion der Berlusconi-Justiz und der deutschen Justiz, die ein Exempel statuieren soll – zeigt deutlich: Für die Abschottung Europas gegen MigrantInnen sind alle verfügbaren Mittel recht.

Nach dem Ende der Tagung um 19⁰⁰ Uhr können die Wirtschafts- und Bankenbosse am Eröffnungs-Dinner der NATO-Militärtagung im Bayerischen Hof teilnehmen – für satte 380.- Euro plus MwSt. Dafür hält anstelle des Münchner Oberbürgermeisters diesmal Bundespräsident Horst Köhler die Eröffnungsrede.

SCHLAGLICHTER von den Münchner Sicherheitskonferenzen



1999

Horst Teltchik gibt sein Debüt als neuer Veranstalter der bisherigen „Wehrkunde-Tagung“, die in „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ umbenannt wird. Neben weit über hundert Militär- und Rüstungsexperten aus NATO-Ländern werden seitdem regelmäßig auch Delegationen aus Nicht-NATO-Staaten eingeladen. Themenschwerpunkt ist aber die „Deutsche Sicherheitspolitik“ und „Perspektiven der NATO an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“.

Nach dem Ende der Tagung beginnt die Konferenz von Rambouillet, auf der von der jugoslawischen Regierung die Zustimmung zum Einmarsch von NATO-Truppen in den Kosovo verlangt wird. Knapp eine Woche später beschließen die NATO-Staaten ihren Truppeneinsatzplan. Sechs Wochen später beginnt der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

2000

Hauptthemen sind die „Lehren aus dem Kosovo-Krieg“, die europäische Außen- und Militärpolitik sowie die transatlantischen Beziehungen“. Verteidigungsminister Rudolf Scharping und US-Verteidigungsminister William Cohen beklagen die unzureichenden militärischen Fähigkeiten der EU-Staaten. Seitdem wird der Aufbau „Schneller Eingreiftruppen“ der EU mit aller Energie vorangetrieben.

2001

Auch diesmal geht es um die Perspektiven der NATO und die teilweise gegenläufigen Militärstrategien der USA und der EU. Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger warnt die Europäer vor einem „konflikthaften Kurs“. Donald Rumsfeld gibt in München die Entscheidungen des neuen US-Präsidenten George W. Bush bekannt: die Stationierung der sog. „Nationalen Raketenabwehr“ NMD und die beabsichtigte Kündigung des ABM-Vertrags. Das Weltraumrüstungsprogramm werde auf jeden Fall verwirklicht – mit, ohne oder auch gegen die Europäer.

2002

Die Konferenzteilnehmer aus den USA kündigen ganz offiziell den Angriff auf den Irak an. US-Senator McCain: „Afghanistan war nur der erste Kriegsschauplatz, der nächste ist der Irak.“ Richard Perle, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, erklärt, die US-Regierung sei „entschlossen, Saddam Hussein mit Gewalt aus dem Amt zu vertreiben, auch gegen den Willen der Europäer.“ Für den Antiterrorkrieg „brauchen wir kein UN-Mandat“, ergänzt US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz. Seine Botschaft: „Die einzige Verteidigung gegen den Terrorismus ist, den Krieg zum Feind zu bringen... Die beste Verteidigung ist ein guter Angriff“. Edmund Stoiber und Angelika Merkel nutzen die Konferenz als Tribüne zur militärischen Mobilmachung der EU und fordern eine deutliche Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben. Die CDU-Vorsitzende Merkel bekräftigt den Anspruch der EU, „auf der weltpolitischen Bühne eine herausgehobene Rolle zu spielen“. Der Aufbau einer „schlagkräftigen Eingreiftruppe“ habe deshalb oberste Priorität.

Dagegen gehen an diesem Wochenende 10.000 Menschen auf die Straße – trotz des von Oberbürgermeister Ude verhängten dreitägigen Versammlungsverbots für die ganze Stadt. Aus Massenprotest wird Widerstand.

2003

US-Kriegsminister Rumsfeld nutzt die Sicherheitskonferenz erneut als Propagandaforum für den längst beschlossenen Angriffskrieg gegen den Irak. Die deutsche Kriegsgegnerschaft erschöpft sich in der Äußerung von Außenminister Fischer, er sei von den Argumenten Rumsfelds „nicht überzeugt“. Der Krieg sei „zu diesem Zeitpunkt“ noch nicht gerechtfertigt. Wirklich ernst zu nehmende Maßnahmen, etwa die Verweigerung von Überflugrechten, von Militärtransporten und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für den Krieg werden von der Bundesregierung nicht in Erwägung gezogen. Angela Merkel befürwortet ganz offen „ein militärisches Vorgehen“ und eine Beteiligung Deutschlands entsprechend den Möglichkeiten der Bundeswehr. „Teilhabe an Entscheidungen erfordert Teilhabe am Risiko“, sagt die CDU-Vorsitzende.

Auf den Straßen Münchens demonstrieren an diesem Wochenende 30.000 Menschen gegen den bevorstehenden Irakkrieg und die Kriegstreiber im Bayerischen Hof.

2004

Alle NATO-Kriegsminister treffen sich zu einer ersten Beratung mit dem neuen NATO-Generalsekretär Jan de Hoop Scheffer. Donald Rumsfeld ist auch wieder in München. Er und die Bush-Regierung haben zwar die ganze Welt belogen und das Völkerrecht gebrochen, aber niemand von den Teilnehmern der „Sicherheitskonferenz“ nimmt ihm das wirklich übel.

Außenminister Fischer und Militärminister Struck akzeptieren und rechtfertigen die illegale Besatzungsherrschaft. Fischer: „Jetzt müssen wir alle nach vorne blicken, egal, wie unsere Haltung zum Krieg (gegen den Irak) gewesen ist... Wir sind uns einig, dass die Anstrengungen der Koalition Erfolg haben müssen“. Erfolg in Abu Ghraib? Bei der Bombardierung Falludschas? Bei der Privatisierung irakischer Staatsbetriebe und der Kontrolle über die irakischen Ölquellen? Erfolg für die Aggressoren?

Im Juni 2004 beschließen die NATO-Staaten in Istanbul Unterstützungsleistungen für die Besatzungsmächte im Irak.

Angela Merkel, CDU propagiert Angriffskriege

Das Bündnis München gegen Krieg hat nach der Sicherheitskonferenz 2004 beim Bundesanwalt Strafanzeige gegen Angela Merkel wegen unmissverständlicher Propagierung von Angriffskriegen gestellt. In Anlehnung an die frühere US-Außenministerin Albright erklärte Merkel auf der Münchner Militärtagung: Um „Politik und Handeln anderer Nationen zu beeinflussen“ und um „den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen“, müssten wir „alle Mittel in Betracht ziehen... von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“. Diese „verblüffend einfache Definition“ müsse nicht nur für die US-Politik Gültigkeit haben, „sondern sollte... besser muss... auch Maßstab einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein.“ Merkels Plädoyer klang deutlich nach „Anstachelung zum Angriffskrieg“ (§ 80a StGB). Der Generalbundesanwalt entgegnete, dass „Meinungsäußerungen, die als Billigung einer militärischen Aktion anzusehen sind, nicht als Straftatbestand in Betracht kommen“.

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

50 JAHRE BUNDESWEHR SIND 50 JAHRE ZU VIEL

2005 ist das Jahr des fünfzigjährigen Bestehens der Bundeswehr. Mit Gelöbnissen, Waffen- und Propagandashows, mit Reservistentreffen und Empfängen werden die Militaristen sich landauf, landab feiern. Das ist eine Provokation!

50 Jahre Bundeswehr, das markiert den Übergang zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee.

Die herrschende Antwort von USA und EU auf die anhaltende Krise des Kapitalismus ist der permanente Krieg. Damit wollen sie den weltweiten Zugriff auf Ressourcen sichern und Migrationsbewegungen kontrollieren. Weltweite Ausbeutung und Kriegspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille.

Aus der Perspektive einer forcierten Ausbeutung in den Metropolen ist die Auflösung der westlichen Wohlfahrtsstaaten nur mit dem Übergang zum autoritären Kontrollstaat zu machen. Der Einsatz des Militärs im Inneren ist nur eine Frage der Zeit. Es gibt für die „neue Weltordnung“ keinen Friedenszustand mehr, der ohne Krieg auskommt: Aber Appelle an die Herrschenden nützen nichts.

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

meint die gesellschaftliche Ächtung des Militärs – aller SoldatInnen, Rüstungsindustriellen und kriegstreibenden PolitikerInnen. Das Militär ringt um gesellschaftliche Anerkennung mit einer Vielzahl von Propagandaveranstaltungen. Das Militär braucht diese Anerkennung, um Moral und Motivation der Truppe aufrecht zu erhalten. Ächtung heißt deshalb: Jeder Soldat und jede Soldatin soll zu spüren bekommen, dass sie keinen normalen Job machen!

Militär ist an vielen Orten. SoldatInnen sind im Bekanntenkreis und auf Parties. Sie präsentieren sich auf Messen und auf Plätzen. Sie haben Kasernen und Infrastruktur. Sie feiern Gelöbnisse. Konfrontieren wir sie mit unserer Gegnerschaft!

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

Das ist ein Aufruf zur aktiven Wehrkraftersetzung, ist die Aufforderung an alle SoldatInnen, sich zu verweigern und dafür entsprechende Hilfe und Unterstützung zu organisieren.

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

ist der Versuch, Sand in das Getriebe der militärischen Infrastruktur zu streuen. Militär braucht das Funktionieren des militärischen Apparates und seine Infrastruktur. Dieses Funktionieren gilt es zu sabotieren. Dazu eignen sich Blockaden vor Militärbasen ebenso wie direkte Aktionen zur Reduzierung des militärischen Geräts. In der klassischen Friedensbewegung hieß es einmal: „Schwerter zu Pflugscharen!“

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT!

Bringen wir das Militär aus dem Gleichschritt!

Weitere Infos: www.wiedentwaffnung.de.vu

Wer Schlafplätze für auswärtige DemonstrationsteilnehmerInnen zur Verfügung stellen kann, melde sich bitte unter pennplatz@no-nato.de